

Thomas Demmelhuber | Axel T. Paul
Maurus Reinkowski [Hrsg.]

Arabellion

Vom Aufbruch zum Zerfall
einer Region?



LEVIATHAN

BERLINER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT



SONDERBAND 31 | 2017



Nomos

Thomas Demmelhuber | Axel T. Paul
Maurus Reinkowski [Hrsg.]

Arabellion

Vom Aufbruch zum Zerfall einer Region?

Leviathan Sonderband 31 | 2017



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3255-5 (Print)

ISBN 978-3-8452-7603-8 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Leviathan

Jahrgang 45 · Sonderband 31 · 2017

Inhaltsübersicht

Vorbemerkung 7

Einleitung

Axel T. Paul

Arabellion

Vom Aufbruch zum Zerfall einer Region? Revolutionstheoretische Überlegungen 13

I. Unterschiedliche Verlaufspfade der Arabellion

Thomas Demmelhuber, Tobias Zumbrägel

Legitimität und politische Herrschaft

Ein historischer Längsschnitt im Lichte der arabischen Umbrüche seit 2011 47

Rachid Ouaiassa, Katrin Sold

Mittelschichten im politischen Transformationsprozess der Maghreb-Staaten 66

II. Internationale Dimensionen

Maurus Reinkowski

Ein neuer Naher Osten?

Zur realen Krise eines epistemischen Systems 95

Bilgin Ayata

Migration und das europäische Grenzregime nach den arabischen Revolutionen 114

Kerem Öktem

Türkisches Zwischenspiel im Nahen Osten

Neo-imperialer Islamismus und die AKP zwischen Farce und Tragödie 134

III. Ordnungskämpfe jenseits des Staates

Thomas Hüskén, Georg Klute

Heterarchie, Konnektivität, lokale Politik und die Neuaushandlung der

postkolonialen Ordnung von Libyen bis nach Mali 155

Guido Steinberg

IS gegen al-Qa'ida oder: Der Sieg des Salafismus über den Islamismus 180

IV. Religion

Hanna Pfeifer

Islamisten und die Politik des Säkularismus in Ägypten und Tunesien
Autokratische Stabilität und das demokratische Moment der a-säkularen
Arabellion 205

Ivesa Lübben

Der Begriff des religiösen Feldes bei Bourdieu und die Neuordnung der Beziehung
zwischen islamischem und politischem Feld in Tunesien und Ägypten im Kontext der
Arabellion 230

V. Medien und Öffentlichkeit

Carola Richter

The revolution still needs to be televised
Erklärungsansätze zur Rolle der Medien in den Arabellionen 259

Kai Hafez

Zivilgesellschaft am Scheideweg der Demokratie
Anerkennungskämpfe in der ägyptischen Öffentlichkeit 279

VI. Emanzipatorische Perspektiven

Annette Jünemann

Zum Wandel arabischer Geschlechterdiskurse in Zeiten von Transformation,
Restauration und Bürgerkrieg 303

Cilja Harders

Aufbruch von unten und Restauration von oben
Ägypten im Jahr sechs seiner postrevolutionären Dauerkrise 325

Vorbemerkung

Seit 2010, dem Jahr des Ausbruchs der Arabellion, unterliegt die MENA-Region (»Middle East & North Africa«) einem fundamentalen politischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozess, dessen Ende nicht absehbar ist. Gleichwohl lässt sich die aktuelle Lage in wenigen groben Zügen beschreiben: Abgesehen von den andauernd katastrophalen Verhältnissen im Irak hat sich die Situation insbesondere in Libyen, Syrien und im Jemen dramatisch zum Schlechteren entwickelt. In allen drei Ländern toben Bürgerkriege, in denen von den Konfliktparteien nicht nur um die »richtige« Verfassung gerungen wird, sondern vielmehr die Grundpfeiler der staatlichen Ordnung selbst in Frage gestellt werden. In den vorangegangenen Jahrzehnten mühsam konstruierte nationale Identitäten brechen auf und werden durch ethnisch-konfessionelle Loyalitätskategorien kompensiert. In Ägypten, dessen alte Garde vor den Massendemonstrationen zunächst zurückweichen musste, ist das Militär nach einem demokratisch verunglückten Intermezzo erneut an der Macht. Als Verdienst kann es sich einzig zurechnen, das Auseinanderfallen Ägyptens vermieden zu haben. Zur Stärkung oder der Wiederherstellung des sozialen und politischen Zusammenhalts hat es indes kaum etwas beigetragen. Einzig Tunesien bildet unter den von der Arabellion erfassten Staaten eine gewisse Ausnahme, zumindest was die institutionellen Voraussetzungen eines demokratischen Transformationsprozesses anbelangt. Eine sozioökonomische »Revolutionsdividende« ist jedoch nicht greifbar, was die Errungenschaften der Arabellion auch in Tunesien in der Schwebe hält.

Sieht man von dem bemerkenswerten relativen Beharrungsvermögen der Monarchien der Region ab, erscheint es uns angemessen, von einem Zustand auf Dauer gestellter Instabilität zu sprechen: Anstatt dass Konturen eines neuen »regionalen« Gesellschaftsvertrags sichtbar würden, nehmen sowohl die gewaltsamen Konflikte innerhalb der Gesellschaften der MENA-Region als auch die Spannungen zwischen den verschiedenen Staaten zu. Verkompliziert wird das Bild durch die längst verknüpften Bürger- beziehungsweise Stellvertreterkriege in Syrien und dem Irak sowie die »Kurdenfrage«, welche die bisherige politische und territoriale Grundordnung der Region grundsätzlich in Frage stellen. Hinzu kommt schließlich die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und einem nach dem jüngsten Atomkompromiss international wieder salonfähigen Iran um die Vormachtstellung am Golf. Und nicht nur das: Schien, wie von Fukuyama in den frühen 1990er Jahren vorausgesagt, das Versprechen der Demokratie für kurze Zeit auch für die Länder der MENA-Region unabweislich zu sein, so ist heute klar, dass dieses bestenfalls den fernen Horizont eines andauernden Umbruchs bildet. Mittelfristig dürften vielmehr, sofern nicht überhaupt ein andauernder Zerfall der politischen Ordnung das Bild bestimmen wird, »alternativ-autoritäre« Bestrebungen von Ländern wie zum Beispiel Saudi-Arabien spürbar werden, sich dem hegemonialen Resonanzraum eines westlich dominierten Demokratiediskurses zu entziehen und demge-

genüber eigene Vorstellungen zur Verfasstheit von politischer Herrschaft, quasi eine »*own language of government*«, zu etablieren.

Die politikwissenschaftliche Forschung, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks zunächst auf eine Welle der inneren Demokratisierung auch der MENA-Region gewartet hatte, war in den Jahren vor Ausbruch der Arabellion damit beschäftigt, die erstaunliche Zählebigkeit der autokratischen Regime zu erklären, häufig jedoch ohne die Beharrungskraft von Sozial- und Machtstrukturen jenseits formeller Arrangements und Institutionen in Rechnung zu stellen. Darum wurden auch und gerade die professionellen Beobachter vom Sturm der Ereignisse überrascht. Der vorliegende Band fokussiert demgegenüber die langen Linien der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Transformation wie auch vordergründig verdeckte Kontinuitäten. Der Blick richtet sich zudem weniger auf einzelne Länder als auf den länderübergreifenden Vergleich. Konkret gefragt wird nach den innergesellschaftlich-sozialstrukturellen Trends der letzten Jahrzehnte, der Tiefe von Staatlichkeit und ihren Erschütterungen und nach der Herausbildung möglicherweise neuer post-»revolutionärer« Konfliktlinien und -muster. Die Autorinnen und Autoren des Bandes fragen: Welche Rolle spielen die Jugend, die Mittelschichten oder die Frauen? Wird in der MENA-Region nicht auch und gerade um die Überwindung oder Re-Stabilisierung patriarchaler Verhältnisse gerungen? Kann der Umbruch ohne die Medien verstanden werden? Was »war« die Arabellion überhaupt? Eine Reihe von Aufständen? Eine gescheiterte Revolution? Der Versuch einer Neubegründung von Staatlichkeit im arabischen Raum? Inwiefern fungiert die Religion als Vehikel politischer Interessen? Um welche Werte wird überhaupt gerungen? Liegen Religion und Säkularismus miteinander im Streit? Haben die Kämpfe sich eventuell längst von ihren Ursachen und Anlässen gelöst? Welche Effekte hat die andauernde Arabellion auf das System internationaler Beziehungen, die Einbindung der Region in die internationale Politik und auf das regionale Gefüge von Akteuren mit hegemonialem Anspruch?

Der Band gliedert sich in sechs Teile: In Teil I *Unterschiedliche Verlaufspfade der Arabellion* finden sich Analysen der je spezifischen Entwicklungen in »an sich« ähnlichen politischen Settings beziehungsweise der »A-Rebellion« in Ländern wie Algerien oder den Golfstaaten. Behandelt werden die Verflechtung von vorkolonialen und kolonialen Traditionslinien staatlicher Herrschaft, deren wirtschaftliche Basis sowie die Ablösung und Konkurrenz von Legitimitätsprinzipien und -strategien. In Teil II *Internationale Dimensionen* werden die zentrale Rolle der Türkei sowie die Auswirkungen der Arabellion auf die europäischen Gesellschaften und die europäische Politik in den Blick genommen. Teil III *Ordnungskämpfe jenseits des Staates* wendet sich nicht-, para- und transstaatlichen Akteuren zu, denen der regionale Ordnungszerfall einen weiten Aktionsraum eröffnet hat. Das prominenteste Beispiel ist hier der »Islamische Staat«. Jüngere kriegerische Entwicklungen wie in Libyen und Mali zeigen zudem, dass die in Wissenschaft und Politik dominierende, auf die Wiederherstellung von »herkömmlicher« Staatlichkeit gerichtete Perspektive die fortdauernden politischen Desintegrations- und Rekonstitutionsprozesse nicht zureichend erfasst. Teil IV *Religion* befasst sich mit dem Verhältnis von Religion und Politik. Arabische Regierungseliten gerieren

sich oft als Verteidiger von Säkularität, die gegen »den« islamistischen Fundamentalismus behauptet werden müsse. Genauere Analysen zeigen indes, dass das Gegensatzpaar von ›Säkularität‹ und ›Fundamentalismus‹ die religiöse Komplexität und Dynamik der arabischen Gesellschaften nur unzureichend abbildet. Teil V *Medien und Öffentlichkeit* dokumentiert, dass das Internet und soziale Netzwerke während der und für die Aufstände als Katalysatoren gewirkt haben, nicht aber als Akteure missverstanden werden dürfen. Der abschließende Teil VI *Emanzipatorische Perspektiven* weist am Beispiel von Diskussionen der Geschlechterverhältnisse und der Rolle »der Marginalisierten« auf die Vielzahl der in die Arabellion involvierten Akteurinnen und Akteure hin. Die beiden Studien dieses Teils bekräftigen die Auffassung, dass die Arabellion trotz aller auch in diesem Band ausgebreiteten deprimierenden Befunde eine grundlegende gesellschaftliche Dynamik in Gang gesetzt beziehungsweise befeuert hat, die bei aller Repression von innen und Manipulation von außen nicht mehr zurückgenommen werden kann. Eröffnet wird der Band durch eine diesem Befund zwar nicht widersprechende, ihn strukturgeschichtlich wohl aber kontrastierende, die Wegmarken der letzten fünf Jahre revolutionstheoretisch kontextualisierende Einleitung.

Bei der Schreibung von arabischsprachigen Benennungen und Termini verwenden wir eine vereinfachte Variante der im internationalen Gebrauch üblichen Umschriftregeln des *International Journal of Middle East Studies*. So werden die zahlreichen und verwirrenden Varianten der Schreibungen von Namen (wie etwa bei Jamal ʿAbd al-Nasir) vermieden. Bei erheblichen Abweichungen von der in der Presse oder sonstigen Publikationen üblichen Schreibweise fügen wir die (oder eine) jeweils gängige(re) Version in Klammern hinzu (z.B. Burqiba [Bourguiba]). Für diese Vereinheitlichung ist jedoch ein Preis zu entrichten, so etwa der für die des Arabischen Kundigen irritierende Ausdruck »die al-Nusra-Front«. Bei Namen, deren Transkription eine extreme Abweichung von der bekannten Schreibweise zur Folge hätte beziehungsweise solchen, die in ihrer französischen Umschrift bekannt sind (z.B. Khadija Arfaoui, Radhia Nasraoui), haben wir auf eine »Normalisierung« verzichtet. Die Schreibung der als Autoren zitierten Namen haben wir selbstverständlich nicht verändert. Für Ortsnamen wird die übliche deutschsprachige (z.B. Kairo) beziehungsweise international gängige Schreibweise (z.B. Monastir) verwendet.

Wir danken Malte Flachmeyer für seine tatkräftige Unterstützung bei der Redaktion der Texte.

Thomas Demmelhuber, Axel T. Paul, Maurus Reinkowski
Erlangen und Basel im Januar 2017

Einleitung

Arabellion

Vom Aufbruch zum Zerfall einer Region? Revolutionstheoretische Überlegungen

Im Zuge des jährlichen Herausgebertreffens dieser Zeitschrift – wohlgermerkt nicht dieses Heftes; nur der Autor dieser Zeilen gehört beiden Kreisen an – Ende Januar 2011 wurde auch über die damaligen Ereignisse in Tunesien und Ägypten geredet. Der tunesische Präsident Bin‘Ali (Ben Ali) war bereits geflohen, die Abdankung Mubaraks hatte noch nicht stattgefunden, ein Sturz auch des ägyptischen Präsidenten erschien angesichts der Bilder des von Massen besetzten Tahrir-Platzes in Kairo allerdings nicht mehr unmöglich, wenn nicht wahrscheinlich. Wie es weitergehen würde, ob die Proteste, wie dann tatsächlich geschehen, auf weitere Länder des Nahen und Mittleren Ostens übergreifen würden, ob das Militär einschreiten oder ob es in Tunesien, Ägypten und anderswo zu einem Sieg der Aufständischen kommen würde, wusste naturgemäß niemand. Aber auch bei der Spekulation darüber dominierte eher Ratlosigkeit. Es fehlte nicht nur an spezifisch regionaler Expertise, sondern – ähnlich wie heute, da ich diese Zeilen im Dezember 2016 wenige Wochen nach der Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten schreibe – auch und vor allem an politischer Phantasie, sich die weitere Entwicklung auszumalen. Zu fortgeschrittener Stunde stießen wir zwar an auf die »arabische Revolution«, aber auf was genau wir da anstießen, ob es sich überhaupt um eine Revolution handelte und ob, falls ja, diese Revolution unseren gleichermaßen unklaren wie fraglos westlich imprägnierten Vorstellungen von politischer Freiheit und Selbstbestimmung entsprechen würde, blieb offen.

In den folgenden Wochen und Monaten erfasste die Arabellion zwar immer weitere Länder der mittelöstlich-nordafrikanischen (MENA-)Region, bald jedoch zogen dunkle Wolken auf, angesichts der von Beginn an brutalen Niederschlagung zunächst eher verhaltener Proteste in Syrien und angesichts der Kämpfe in Libyen, die auch nach dem durch eine UN-gedeckte NATO-Intervention auf Seiten der Aufständischen forcierten Sturz von al-Qadhdhafi (Gaddafi) andauerten. Es machte sich Skepsis breit, ob auf den Arabischen Frühling tatsächlich ein Arabischer Sommer folgen und das hieß konkret eine Überwindung des für die Staaten der MENA-Region typischen Autoritarismus möglich sein würde. Inzwischen sind fünf Jahre vergangen, und wir wissen, dass die Arabellion, wenn überhaupt, dann nur in Tunesien erfolgreich gewesen ist.¹ Weder konnte das alte Regime sich behaupten, noch kaperte wie in Ägypten das Militär den Aufstand. Geführt wird

1 Die Literatur ist mittlerweile unüberschaubar geworden. Hingewiesen sei an dieser Stelle nur auf die Literaturberichte von Weipert-Fenner (2014) und Grimm (2015), das von Sadiki (2015) herausgegebene Handbuch sowie die deutschsprachigen Sammelbände von Schneiders (2013), Jünemann/Zorob (2013) und Tamer et al. (2014).

das Land heute von einer gewählten Koalition aus liberal-säkularen und moderat-islamistischen Kräften. Die ökonomische Misere, welche die Proteste in Tunesien wie überall sonst befeuerte, dauert freilich an. Libyen, Syrien und der Jemen versinken in Bürgerkriegen. Anders als in Syrien konnte der sich auf den Straßen artikulierende Unmut in Bahrain mit militärischer Hilfe Saudi-Arabiens im Keim erstickt werden.² Saudi-Arabien selbst und die übrigen Golf-Monarchien verstanden es, der Ansteckung zu entgehen; ob dafür die großzügige(re) Alimentierung der Bevölkerung oder, wie Thomas Demmelhuber und Tobias Zumbrägel in diesem Band argumentieren, die besondere Legitimität der Golf-Monarchien ursächlich war, ist in der Forschung umstritten.³ In Jordanien und Marokko reagierten die Monarchen mit schnellen, wenn auch in der Sache halbherzigen Zugeständnissen auf die Proteste und brachten sie damit bislang zumindest zum Erliegen. Dieser Überblick ist selbstredend unvollständig. Noch andere Staaten wurden vom Arabischen Frühling erfasst und sind bis heute mit seinen Folgen beschäftigt. Nicht unerwähnt bleiben sollte allerdings, dass die Türkei, die zu Beginn der Arabellion einer Reihe von Beobachtern und Aktivisten als Beispiel dafür galt, dass ein islamisches Land eine liberale Demokratie sein könne, mittlerweile, und zwar, wie Kerem Öktem in seinem Beitrag zeigt, sehr wohl auch in Reaktion auf die aktuellen Umbrüche in der arabischen Welt, zusehends zu einem autoritären Staat wird. Auch wenn der Begriff des Arabischen Frühlings als Bezeichnung für den Aufbruch des Jahres 2011 Bestand haben dürfte, dominiert heute in der Gesamtbewertung des Geschehens darum, wenn nicht der Begriff, so doch das Bild eines Arabischen Winters.

Dass wir, die Herausgeber dieses Bandes, uns zur Betitelung desselben für den Terminus Arabellion entschieden haben, hat seinen Grund eben darin, dass er die Bewertung offen lässt. Mehr noch, der Begriff der Arabischen Rebellion bezeichnet das Geschehen präziser. Denn bei Rebellionen handelt es sich um eine massenhafte, sehr häufig gewaltsame, auf jeden Fall extralegale Erhebung gegen die herrschende(n) Elite(n).⁴ Der Begriff der Rebellion lässt mithin offen, ob es tatsächlich zu einem Sturz der Eliten, einem Elitenwechsel, kommt oder ob die alte Herrschaft sich behaupten kann. Der Begriff Rebellion ist zudem sehr viel vorsichtiger oder, wie man vielleicht auch sagen könnte, empirisch weniger anspruchsvoll als der gelegentlich, vor allem in der Anfangsphase der Aufstände, ebenfalls gebrauchte Begriff der Revolution.⁵

Gleichwohl scheint *mir*, dass die oder wenigstens eine Variante der Revolutionstheorie durchaus etwas zum Verständnis der Arabellion beitragen kann, indem sie ein konzeptionelles Raster zur Verfügung stellt, das, auch wenn das Geschehen sich den theoretischen Kategorien nicht ohne weiteres fügt, vielleicht ein wenig

2 Formal handelte Saudi-Arabien im Auftrag des Golfkooperationsrats. Faktisch jedoch legitimierte dessen Beschluss lediglich das saudische Vorgehen.

3 Vgl. Yom/Gause 2012.

4 Zimmermann 2012, S. 867 f.

5 Bspw. von Goldstone 2011.

klarer zu erfassen erlaubt, was in der Arabellion auf dem Spiel stand und steht. Das zumindest möchte ich, der ich als einziger der in diesem Band versammelten Autoren kein Experte für den arabischen Raum bin und mich in den letzten zwei Jahren durch mehr oder minder intensive Lektüren, verschiedenste Diskussionen, Lehrveranstaltungen und nicht zuletzt die Arbeit an eben diesem Band allererst über das Normalmaß eines zeitunglesenden Sozialwissenschaftlers hinaus mit der Materie vertraut gemacht habe, in dieser Einleitung zu zeigen versuchen.⁶

Eine Revolution ist – jedenfalls soll unter Revolution in Anschluss an David Beetham und Ingmar Ingold hier genau dies verstanden werden – der erfolgreiche, in der Regel gewaltsame, von Volksmassen und dissidenten (Gegen-)Eliten getragene Umsturz einer Herrschaftsordnung.⁷ In Revolutionen wird nicht nur das Herrschaftspersonal ausgetauscht, sondern das politische oder genauer gesagt das staatliche System neu organisiert und begründet. Revolutionen zielen auf die Substitution einer illegitimen oder als illegitim erachteten politischen Ordnung durch eine fürderhin legitime politische Ordnung. Revolutionen sind mithin genuin politische, auf eine grundlegende Änderung des Verhältnisses zwischen Herrschern und Beherrschten zielende Ereignisse. Das schließt nicht aus, dass politische Revolutionen von »sozialen Revolutionen«, also von grundlegenden Veränderungen der Sozialstruktur, etwa der Eigentums- oder Klassenverhältnisse, begleitet werden, aber weder muss eine politische Revolution von einer sozialen Revolution begleitet werden, um als solche zu zählen – die Amerikanische Revolution wäre dafür ein Beispiel –, noch erfordern soziale Revolutionen notwendigerweise eine politische Revolution – zu nennen wären hier beispielsweise die preußischen Landreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Insofern eine revolutionäre Herausforderung der Herrschaftsordnung ein Bewusstsein von deren Gestaltbarkeit voraussetzt, sind alle Revolutionen in dem Sinne demokratisch oder besser volksouverän, dass die oder wenigstens ein Teil der Herrschaftsunterworfenen über die Einrichtung und Verfassung der neuen Herrschaftsordnung mitbestimmen wollen – was indes nicht ausschließt, dass diese von den Revolutionären unter Berufung auf transzendente Autoritäten wie zum Beispiel Gott gerechtfertigt wird. In diesem Fall wäre es »das Volk«, das gegen eine bestehende, wie auch immer gerechtfertigte Ordnung aufsteht, um die neue, revolutionäre Ordnung etwa auf Gottes Willen zu gründen. Die populäre Machtergreifung fände statt, um sich einer höheren Instanz zu unterstellen. So paradox, so un- oder antidemokratisch (uns) ein solches Agieren auch erscheint, den »Makel«, Gottes Willen nur mit Hilfe des Volkes zur Geltung zu helfen oder verholfen zu haben, wird es nicht los. Die iranische Revolution und die iranische Verfassung sind wahrscheinlich das

6 Ich danke Malte Flachmeyer, Thomas Demmelhuber, Ingmar Ingold, Maurus Reinkowski und Samuel Strehle für ihre kritischen Kommentare und hilfreichen Hinweise.

7 Siehe Beetham 2013, S. 213-216; Ingold 2016, S. 123-127. Dass ich an eben diese Revolutionstheorie anschließe, hat seinen Grund nicht allein darin, dass ich sie für kohärent und triftig halte, sondern an der Ausarbeitung ihrer Legitimitätstheoretischen Grundlagen beteiligt war. Vgl. Ingold/Paul 2014.

beste Beispiel für die demokratische »Kontamination« einer theokratischen Ordnung.⁸ Halten wir fest: Rebellionen zielen auf einen Wechsel des politischen Personals. Revolutionen zielen demgegenüber auf eine andere, alternativ, im weiteren Sinne demokratisch legitimierte politische Ordnung. Ob sie glücken, ist eine andere Frage.

Darüber hinaus ist es, wenn nicht notwendig, so doch empirisch zweckmäßig, zwischen verschiedenen Dimensionen von Legitimität zu differenzieren.⁹ In der Politikwissenschaft weitverbreitet ist die Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität.¹⁰ Herausgestellt werden soll mit dieser Unterscheidung, dass eine demokratische Ordnung nicht allein davon »lebt«, dass die Bevölkerung an Prozessen der politischen Entscheidungsfindung beteiligt wird – *government by the people* –, sondern dass die Stabilität einer politischen Ordnung auch davon abhängt, ob die »Entscheidungsempfänger« mit den Leistungen des politischen Systems zufrieden sind – *government for the people*. Allerdings wird im Zuge des Gebrauchs dieser Kategorien häufig übersehen, dass die Unterscheidung sich auf zumindest ihrem Anspruch nach demokratische Ordnungen bezieht, Output-Legitimität, so wichtig sie auch sein mag, Input-Legitimität also nur ergänzen kann. Politische Systeme, welche den für mündig erachteten Teil der Bevölkerung nicht an der Entscheidungsfindung beteiligen, sind mithin per se demokratisch illegitim. Doch damit nicht genug. Nicht wenige Beobachter selbst demokratisch illegitimer Systeme gehen davon aus oder erwecken aufgrund eines nachlässigen Gebrauchs theoretischer Konzepte immerhin den Anschein, als wäre ein durch Leistungen stabilisiertes ein auch schon »im Vollsinn« legitimes, in den Augen der Herrschaftsunterworfenen gerechtfertigtes, System.¹¹ Dabei werden jedoch kategoriale Differenzen verwischt. Denn eine Ordnung, die satt macht und Sicherheit stiftet, ist deswegen noch keine gute oder gerechte Ordnung. Dass materielle und konkrete Ordnungsleistungen ein politisches System festigen, ist überhaupt nicht in Abrede zu stellen, nur darf man bezweifeln, dass politische Systeme schon oder auch nur aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit prinzipiell, im Lichte einer bestimmten Norm, anerkannt würden. Output-Legitimität mag eine fehlende oder mangelhafte Input-Legitimität verdecken und für längere Zeiträume sogar kompensieren, ersetzen jedoch kann sie sie nicht. Herrschaftsordnungen können und müssen sich immer auch im Namen einer bestimmten Idee rechtfertigen, schon um alternative Vorstellungen abzuwehren. Auf der anderen Seite jedoch ist die Engführung von Input- und demokratischer Legitimität dahingehend zu relativieren, dass es durchaus andere Legitimitätsideen als das demokratische oder volkssouveräne Prinzip von gerechter Herrschaft gibt: vor allem die transzendente Rechtfertigung der Herrschaft »von oben«, vielleicht aber auch, »von hinten«, die Rechtfertigung von Herrschaft kraft Tradition. Sinnvoller als die in Hinblick auf Herrschaftsfor-

8 Ingold 2016, S. 561-574.

9 Beetham 2013, S. 15-25; Ingold 2016, S. 91-123.

10 Scharpf 1999, S. 7-13.

11 Bspw. Zhao 2009.

men überhaupt, also auch undemokratische Regime, schiefe Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität ist darum die allgemeine, regimeunspezifische Unterscheidung von ideeller oder normativer Legitimität einerseits und performativer, leistungsorientierter Legitimität andererseits.¹² Die eine kann ohne die andere gegeben sein, die Schwäche der einen kann durch die Stärke der anderen unter Umständen relativiert werden. Nicht »bloß faktische« Stabilität, sondern Resilienz, eine gesteigerte Widerstandsfähigkeit angesichts innerer oder auch äußerer Krisen, zum Beispiel einer militärischen Bedrohung durch andere Mächte oder massiver wirtschaftlicher Probleme, dürfte hingegen gerade solchen Herrschaftsordnungen zukommen, deren prinzipielle Berechtigung von den Herrschaftsunterworfenen, einschließlich der Gegeneliten, anerkannt wird.

Diese Überlegung lässt sich noch präzisieren. Wenn es Revolutionen ausmacht, dass in ihnen um die Substitution einer alten, »verbrauchten« durch eine neue, wenn nicht demokratische, so doch nur durch einen singulären Akt der Selbstermächtigung »des Volkes« eingesetzte Legitimitätsidee gerungen wird, dann fungieren Krisen oder Legitimitätsprobleme in der performativen, leistungsorientierten Dimension, wenn überhaupt, nur als revolutionäres Vorspiel. Als solche nämlich sind Leistungsprobleme eines politischen Systems nicht auch schon »Verfassungs«-Probleme.¹³ Jene lassen sich unter Umständen, empirisch sogar im Regelfall, durch administrative und rechtliche Maßnahmen, Personalwechsel und vielleicht zwar weitreichende, aber eben doch verfassungskonforme Entscheidungen bewältigen. Verfassungsprobleme hingegen betreffen die Prinzipien, durch die Herrschaft überhaupt gerechtfertigt wird. Aufstände oder Rebellionen richten sich mithin gegen ein konkretes Versagen des Herrschaftspersonals, Revolutionen hingegen gegen die *raison d'être* des Systems selbst. Es ist nicht zwingend, wohl aber wahrscheinlich und tatsächlich regelmäßig zu beobachten, dass Rebellionen zu Revolutionen werden, wenn die performative Schwäche eines Systems nicht bloß dem Missmanagement der Herrschaftselite, sondern der Verfassung des Herrschaftssystems zugerechnet, wenn der Grund für das Versagen des Regimes auf die »falschen« Prinzipien zurückgeführt wird, auf welche das politische System, seine Repräsentanten, Führer und Profiteure sich berufen.¹⁴ Der Umschlag von Forderungen etwa und empirisch zumeist nach besseren materiellen Lebensbedingungen, nach mehr Sicherheit (oft vor den Sicherheitsbehörden selbst) und Regeltreue der Herrschenden, unter Umständen auch nach Meinungsfreiheit, privater oder lebensweltlicher Selbstbestimmung und politischer Mitsprache in Forderungen nach einer Neugründung und Neuordnung der politischen Ordnung mar-

12 Ich halte mich im Folgenden nicht exakt an die von mir selbst und Ingold vorgeschlagene Differenzierung der Dimensionen, ohne jedoch gegen ihren Geist zu verstoßen. Eine Begründung für die hier unter der Hand vorgenommenen, marginalen Verschiebungen muss und kann an anderer Stelle nachgeliefert werden.

13 Eigentlich wäre nicht von »Verfassungs«-, sondern von »Verfasstheits«-Problemen zu sprechen. Aus sprachästhetischen Gründen jedoch gebrauche ich hier und im Folgenden den weniger präzisen Begriff Verfassung.

14 Ingold 2016, S. 574-590.

kiert den Umschlag einer Rebellion in eine Revolution oder wenigstens die Zuspitzung des Aufstands zur revolutionären Situation, über deren Ausgang damit freilich noch nicht entschieden ist.

Voraussetzung eines solchen Umschlags ist, dass die Regimekritik, die sich zunächst durchaus nur erst gegen dessen mangelnde *performance* richten mag, »die Massen ergreift«. ¹⁵ Damit ist nicht allein gemeint, dass die Aufständischen personell stark genug sein müssen, um das Regime herauszufordern, sondern dass weit hin sichtbar, dass allgemein bekannt, im starken Sinne öffentlich wird, dass weite Teile der Bevölkerung, Massen eben, dem Regime die Unterstützung entziehen. Ein »unsichtbarer Aufstand« (so der Titel eines Spielfilms von Costa-Gavras über das autoritär regierte Uruguay aus dem Jahre 1971) ist ein zum Scheitern verurteilter Aufstand, weil das eben nur im Geheimen attackierte Regime sich als weiterhin fest im Sattel sitzend inszenieren kann. Kritik, die nur im Privaten oder hinter vorgehaltener Hand geäußert wird, greift ein Regime noch nicht wirklich an, weil die Unzufriedenen sich weder der Allgemeinheit noch des »praktischen Gewichts«, nicht nur der Triftigkeit ihrer Kritik, sondern vor allem der Bereitschaft anderer, dieser Kritik Taten folgen zu lassen, sicher sein können. Ein Regime, demgegenüber das Gros der Bevölkerung trotz aller Leiden schweigt – und sei es aus bloßer Angst –, täuscht sich möglicherweise nicht nur selber darüber hinweg, dass es keine oder eine nur noch schwache »positive« Legitimität besitzt, sondern erscheint darüber hinaus in den Augen der vielleicht zwar zahlenstarken, aber privat vereinzelter Kritiker stärker, als es ist. Ja, es ist damit stärker, als wenn die Kritik öffentlich würde. Auch eine bloß zur Schau gestellte, nur vorgespelte Akzeptanz der Verhältnisse, »negative Legitimität«, wenn man so will, trägt zu deren Stabilisierung bei. Dem Aufstand vorhergehen oder diesen begleiten muss darum, mit James Scott gesprochen, die Veröffentlichung der »hidden transcripts«, das Öffentlich- oder breite Bekanntwerden von Unzufriedenheit und Widerstandsbereitschaft. ¹⁶ Wer sieht und hört, wer mit seinen Sinnen vernimmt, dass er mit seinem Zorn auf die herrschende Klasse und ihre Handlanger nicht allein ist, wird auch und gerade angesichts von gewöhnlicher und immer noch möglicher Repression eher den eigenen Unmut artikulieren und sogar öffentlich protestieren als jemand, der sich lediglich als einer von vielen Benachteiligten und Unterdrückten wähnt. ¹⁷ Die Kritik muss die Massen ergreifen, nicht nur weil Revolutionäre eine alte Ordnung in aller Regel nur mit Hilfe des Volkes stürzen können, sondern schon weil allererst massenhafter Protest dem alten Regime sichtbar seine Legiti-

15 Marx 1844/1988, S. 385.

16 Scott 1990.

17 Auch die Strategie des Terrorismus, die gewaltsamen und vor allem spektakulären Taten einzelner oder aus dem Untergrund heraus operierender Gruppen, zielt nicht auf eine direkte Schwächung eines in jedem Fall stärkeren Gegners, sondern auf die Rekrutierung von Kombattanten sowie die Mobilisierung derjenigen Massen, in deren Namen man zu handeln vorgibt. Der Terrorismus ist nicht zuletzt eine Kommunikationsstrategie, der Versuch, den vermeintlich Unterdrückten mitzuteilen, dass Widerstand möglich ist. Vgl. Waldmann 2003, S. 38-55.

mität entzieht. Die Performanzkrise eines politischen Systems hat mithin eine nicht bloß materielle, leistungsorientierte, sondern ebenso eine symbolisch-expressive Seite, beziehungsweise der performativen und normativen Dimension von Legitimität ist eine dritte expressive Dimension beizugesellen.¹⁸

Bevor oder auch damit die Idee einer politischen Ordnung, ihre Verfassung, praktisch in Frage gestellt wird – und genau das macht den Kern einer Revolution aus –, muss das alte Regime »rein praktisch«, in der performativen Dimension, versagen *und* dafür mehr oder weniger öffentlich angeklagt werden. Das Regime kann zwar und wird in der Regel versuchen, seine Kritiker mundtot zu machen, ist der Geist jedoch erst einmal aus der Flasche – wurde die Mauer des Schweigens durchbrochen, haben »freischwebende« Intellektuelle, Gegeneliten und nicht zuletzt Mitglieder der alten Ordnung selbst dieser ihre Gefolgschaft vernehmlich aufgekündigt, zeigt Protest »auf der Straße«, dass wesentliche Teile der Bevölkerung nicht länger zur fraglosen Hinnahme der Verhältnisse bereit sind –, bewirkt Repression häufig das Gegenteil dessen, was sie bezweckt: Der Protest wird lauter und die Menge der Protestierer schwillt an. Verlangen die Aufständischen schließlich nicht bloß einen Wechsel an der Spitze des Systems, nicht bloß einen Austausch der Herrschaftseliten, sondern einen Systemwechsel selbst, die Neu- oder »Umgründung« von Herrschaft auf ein zur alten Ordnung alternatives Prinzip, schlägt die Rebellion um in eine Revolution. Oder vielmehr, es entsteht eine revolutionäre Situation. Denn selbst mit einem machtvoll, unter Umständen gewaltsam vorgetragenen Anspruch auf Neu(be)gründung des politischen Systems ist der Kampf nicht schon gewonnen.

Idealtypisch – wie überhaupt die hier vorgetragenen revolutionstheoretischen Überlegungen nur ein Modell sind – lassen sich drei Ausgänge einer revolutionären Situation unterscheiden: Erstens kann der Aufstand niedergeschlagen werden, das alte Regime sich behaupten. Dies kann ohne, ebenso aber auch mit Hilfe einer ausländischen Schutzmacht geschehen. Die Seltenheit von Revolutionen hat ihren Grund nicht nur darin, dass Performanzkrisen sich im Regelfall nicht zu System-, Verfassungs- oder politisch-normativen Krisen ausweiten, sondern sie rührt ebenso daher, dass das alte Regime zumeist über überlegene Gewaltmittel verfügt, allen voran die Polizei und das Militär. Eine Variante dieses ersten Ausganges einer revolutionären Situation ist, dass die Polizei und insbesondere das diese an Feuerkraft gewöhnlich übertrumpfende Militär sich zwar gegen die alte politische Führung wenden, diese sogar stürzen, sich die Anliegen der Revolutionäre, insbesondere deren Verlangen nach Verantwortung der Machthaber vor dem Volk, allerdings nicht oder nur vordergründig zu eigen machen. Die Revolution kann mithin

18 Man mag einwenden, dass dies nur eine bedingt originelle Einsicht sei, schließlich sei es auch der Revolutionstheorie seit langem schon klar, dass nicht objektive Missstände, sondern vielmehr deren Wahrnehmung und Interpretation als unerträglich Menschen zum Widerstand treibt. Vgl. z.B. Davies 1973. Was den Revolutionstheoretikern der relativen Deprivation dabei jedoch entgeht, ist, dass es die spezifische Interpretation der Missstände als der Verfassung des Regimes geschuldete ist, welche eine revolutionäre Situation herbeiführt.

scheitern, weil das Militär putscht.¹⁹ Die Militärführung kann zwar versprechen, die Forderungen der Revolutionäre nach politischer Partizipation des Volkes einzulösen, praktisch jedoch tut sie das Gegenteil. Denn indem das Militär die Macht ergreift und sich freien Wahlen verweigert, wird die Bevölkerung weiterhin von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Will das Militär sich gleichwohl als Hüter der Revolution inszenieren, können und müssen die Putschisten sich vor allem um eine Verbesserung der Versorgungslage bemühen. Die Krise, welche den Aufstand ausgelöst hat, muss bewältigt werden. Darüber hinaus bedarf es einerseits einer hinreichenden Kontrolle der öffentlichen Meinung; die Kritik, die an der alten Ordnung geübt wurde, darf sich nicht gegen die neuen Machthaber richten. Andererseits und dazu nicht in Widerspruch bedarf es, wenn auch fingierter, so doch sichtbarer und darum missverständlicher Akte der öffentlichen Zustimmung. Dies können (zumeist unfreie) Wahlen oder auch (in der Regel orchestrierte) Massenaufzüge sein. Doch so revolutionär sich die (in der Regel) Putschisten auch gebärden, die Revolution ist gescheitert, weil eine Militärherrschaft gegen das eigentlich revolutionäre Prinzip der Volkssouveränität verstößt.

Ein zweiter möglicher Ausgang der revolutionären Situation ist der Bürgerkrieg. Der Machtkampf zwischen den Revolutionären und bisherigen Herrschaftseliten wird nicht entschieden. Keine Seite ist stark genug, die andere zu besiegen, gleichzeitig jedoch stark genug, die gewaltsame Konfrontation zu suchen beziehungsweise fortzusetzen. Man könnte einwenden, hierbei handle es sich nicht um eine Auflösung, sondern vielmehr um eine Verstetigung der revolutionären Situation. Ein solcher formal naheliegender Einwand verkennt allerdings, dass sich mit der Verstetigung des Konflikts in aller Regel auch der Gegenstand des Konflikts verändert.²⁰ Sind es, wenigstens seitens der Revolutionäre, zunächst zwar politische Absichten, für die gekämpft wird, rücken mit der Dauer des Kampfes auch auf Seiten der Aufständischen zum einen rein militärische Ziele in den Vordergrund; zum anderen führen der Aufbau und die Versorgung der »revolutionären Streitkräfte« dazu, dass ökonomische Erwägungen wichtiger werden und eventuell sogar die ursprünglichen politischen Anliegen der Revolutionäre übertrumpfen. Sehr schnell zeigt sich, dass Schmuggel, Entführungen, Zwangsabgaben, Plünderungen und die Rekrutierung Unfreiwilliger nicht bloß Mittel zum Zweck, sondern zumindest für die Milizen und insbesondere ihre Anführer eine attraktive Alternative zu ziviler Armut und Unfreiheit sein können.²¹ Und das ist noch nicht alles. Dass weder die Revolutionäre noch die bisherigen Herren siegen, deutet darauf hin, dass das Land beziehungsweise die Bevölkerung selber gespalten ist, dass es zumindest keine eindeutige, ungebrochene, landesweite Mehrheit für die Sache der Revolution, sondern Landesteile oder Bevölkerungsgruppen gibt, für die der Fortbestand des alten Regimes einer neuen Ordnung vorzuziehen ist. Auf jeden Fall führt die Militarisierung des revolutionären Konflikts dazu, dass latente oder

19 Vgl. Beetham 2013, S. 228-236.

20 Waldmann 1995.

21 Elwert 1997.

nachrangige, mit dem aktuellen Konflikt in keinem ursächlichen oder notwendigen Zusammenhang stehende gesellschaftliche Gegensätze sowie nicht oder nur eingeschränkt wählbare Gruppenidentitäten wie ethnische Zugehörigkeit oder religiöses Bekenntnis aktualisiert und politisiert werden.²² Die Suche der kämpfenden Parteien nach Bündnispartnern und die Zurechnung von (konter-)revolutionären Aktionen auf vorrevolutionäre Gruppengegensätze führen unweigerlich zu einer Überlagerung und Durchkreuzung des revolutionären Hauptkonflikts mit »Nebenkriegsschauplätzen«. Was die in Mitleidenschaft gezogene Zivilbevölkerung in einer solchen Situation erstrebt, ist in erster Linie nicht die normative Richtigkeit einer zukünftigen Ordnung, sondern Frieden oder auch Ordnung an sich. Noch vor allen normativen, aber auch performativen Fragen werden von der überwiegenden Mehrzahl der Menschen geordnete Verhältnisse, in welchen die körperliche Unversehrtheit garantiert ist und sich einigermaßen stabile Erwartungen und Alltagsroutinen ausbilden können, anomischen Verhältnissen vorgezogen. Im Vergleich zur Unordnung ist Ordnung als solche legitim.²³ Man kann, ja man sollte darin eine vierte und zugleich die basale Dimension aller Legitimität erkennen.

Drittens schließlich können die Revolutionäre gewinnen. Dass die Revolution siegt, bedeutet indes nicht nur, dass die alten Herrschaftseliten vertrieben werden, sondern dass es in den Augen des Volkes selbst gelingt, die neue Ordnung auf den Willen des Volkes zu gründen und an den Willen des Volkes zu binden. Es versteht sich, dass »das Volk« anders als von Rousseau erträumt niemals einheitlicher Meinung sein wird. Auch wird stets darum gestritten werden, wer zum Volk gehört und wer nicht,²⁴ wann respektive unter welchen Bedingungen Volksmitglieder als politisch mündig gelten. Ebenso gibt es kein Patentrezept dafür, keine allgemeine institutionelle Blaupause, wie das Prinzip der Volkssouveränität praktisch umgesetzt werden kann oder soll. Was sich jedoch sagen lässt und was geschehen muss, damit die Revolution siegt, ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung eines Staates sich auf ein Verfahren zur Ermittlung des politischen Führungspersonals einigt, was zugleich impliziert, die konkreten Ergebnisse dieses Verfahrens auch dann zu akzeptieren, wenn das Personal den Erwartungen (eines Teils) der Bevölkerung nicht entspricht.²⁵ Eine derartige Akzeptanz im konkreten Fall unliebsamer Ergebnisse steht dann und im Grunde nur dann zu erwarten, wenn die politische Ordnung nicht nur vorsieht, das Führungspersonal zumindest periodisch von einer erneuerten Zustimmung der Bevölkerung abhängig zu machen, sondern darüber hinaus die Regeln der Ordnung selbst revidieren zu können. Stabil oder vielmehr demokratisch oder volkssouverän legitim ist eine Ordnung paradoxerweise dann, wenn und insofern sie ihre Selbstrevision von vornherein vor-

22 Kalyvas 2003.

23 Popitz 1992, S. 221-227; Trotha 1994.

24 Ingold 2016, S. 264-297.

25 Simmel 1908, S. 186-197.

sieht.²⁶ Wie eine praktische Lösung dieses grundlegenden Anspruchs aussehen könnte, ist naturgemäß umstritten. Eine erfolgreiche Revolution zeichnet sich allerdings nicht zuletzt dadurch aus, dass diese nicht nur institutionell, sondern schon konzeptionell oder normativ außerordentlich komplizierten Fragen überhaupt gestellt und öffentlich verhandelt werden. Mit der Machtübernahme der Revolutionäre allein hat die Revolution indes noch nicht gesiegt. Vielmehr muss die Möglichkeit, die politische Ordnung auf legitime(re) Füße zu stellen, ergriffen und umgesetzt werden. In einem verwickelten und gefährlichen, weil politisch und rechtlich ungesicherten Verfassungsfindungs- und -gebungsprozess müssen neue Verfahren und Institutionen erdacht und vor allem Kompromisse gefunden werden. Nicht nur über den Umgang mit und gegebenenfalls die Einbindung von alten Eliten und ihrer Basis ist zu befinden, sondern auch und gerade unter den bislang bloß »negativ siegreichen« Revolutionären brechen Interessengegensätze auf, die, damit die Revolution sich auch positiv behauptet, artikuliert und überbrückt werden müssen. Auf den Enthusiasmus der Straße folgt die Mühsal der Sitzungszimmer; an Stelle der erfolgreichen Kämpfer übernehmen geschickte Organisatoren die Führung der Revolution. Die Gefahr, dass diese jenen und ebenso, wenn nicht gar in erster Linie »dem Volk« die Revolution entwenden, besteht immer. Darüber, ob oder vielmehr in welchem Maß dies gelingt, entscheidet, wie zuvor schon über die Zuspitzung der Regime- zur Systemkritik, zu wesentlichen Teilen eine kritische, unabhängige Öffentlichkeit. Fehlt diese oder wird sie von den siegreichen Revolutionären unterdrückt, ist die Gefahr groß, dass mit ihr, vorläufig zumindest, auch das Freiheitsversprechen stirbt, dass in jeder Revolution steckt, ja, dass sie trägt.

Die revolutionstheoretischen Ausführungen lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass Revolutionen sich nicht bloß zum Sturz oder Austausch des Herrschaftspersonals, sondern zur Neu(be)gründung der Herrschaftsordnung zuspitzende Legitimitätskrisen sind. Am Ende einer erfolgreichen Revolution stehen die Substitution des alten und die Institutionalisierung eines neuen Legitimitätsprinzips, das heißt der Idee, aus der heraus Herrschaft gerechtfertigt wird. Formal gesehen gibt es davon nur drei: erstens Legitimität qua göttlicher Sendung, zweitens Legitimität durch die Beherrschten selbst und drittens Legitimität qua Tradition. Insofern Revolutionen nicht auf die Institutionalisierung des Prinzips der Volkssouveränität zielen – was sie im Regelfall jedoch tun –, sondern auf die (Wieder-)Herstellung der Tradition oder (Neu-)Errichtung eines Gottesstaates, sind sie gleichwohl darin »demokratisch«, dass die Neu(be)gründung der Herrschaft vom Volk gegen ein alternatives Herrschaftsprinzip durchgesetzt wird. Von der Legitimitätsidee oder der normativen Dimension von Legitimität zu unterscheiden sind indes die performative, die symbolisch-expressive und die basal-pragmatische Dimension. Letztere meint den Ordnungswert von Ordnung überhaupt. Die symbolisch-expressive Dimension bezeichnet die notwendige Öffentlichkeit, sei es von Herrschaftskritik, sei es von der Herrschaft, wenn nicht ausdrücklich affirmierendem, so doch duldendem Handeln. Die performative Dimension betrifft die mate-

26 Ingold 2016, S. 297-335.

riellen Leistungen von politischer Herrschaft. Was den Verlauf von Revolutionen angeht, so versagen Regime typischerweise zunächst in der performativen Dimension. Sie werden ihren eigenen Leistungsversprechen nicht mehr gerecht. Die Unzufriedenheit muss allerdings auch öffentlich (gemacht) und »praktisch« werden; es bedarf der Massen auf der Straße, die dem Regime ihre Unterstützung sichtbar absprechen; andernfalls bleibt die Kritik unwirksam oder bestenfalls eine Idiosynkrasie »gewisser Kreise«. Damit aus der Revolte oder Rebellion eine Revolution wird, muss das öffentlich gemachte performative Versagen der Verfassung oder dem normativen Kern von Herrschaft zugerechnet werden. Selbst dann jedoch besteht die Gefahr, dass die Revolution vereitelt wird, steckenbleibt oder in einen Bürgerkrieg abgleitet. In jedem dieser Fälle tritt der normative Konflikt zugunsten von performativen oder basal-pragmatischen Problemen in den Hintergrund und bleibt dementsprechend ungelöst.

Die vorstehenden abstrakten revolutionstheoretischen Ausführungen dürften bereits diverse Assoziationen zum »Fallbeispiel« der Arabellion wachgerufen haben. Gleichwohl habe ich versucht, den konkreten Fall nicht schon in die allgemeine Theorie hineinzuschreiben. Denn natürlich darf es nicht darum gehen, jenen diese bestätigen zu lassen, sondern allein darum, diese zu bemühen, jenen besser zu verstehen oder wenigstens Vergleichsgesichtspunkte zu gewinnen, die eine Einordnung des Geschehens in die politische Strukturgeschichte erlauben. Ich möchte darum im Folgenden fragen, was die vorgestellte, am Leitbegriff der Legitimität respektive deren Mehrdimensionalität orientierte Revolutionstheorie dazu beiträgt, den Verlauf sowie einige der Überraschungsmomente der Arabellion aufzuschlüsseln und dabei auch die in diesem Band versammelten Einzelstudien in einen größeren Rahmen zu stellen.

Wohl für alle überraschend waren die Plötzlichkeit und die schnelle Verbreitung der Arabellion. Die Politikwissenschaft ist dafür gescholten worden beziehungsweise musste selbst eingestehen, die Arabellion nicht kommen gesehen zu haben.²⁷ Daran ist sicherlich richtig, dass ihr Interesse seit Anfang der 1990er Jahre vornehmlich der Erklärung des Beharrungsvermögens oder gar der Stabilität der nahöstlichen Autokratien und nicht dem Unruhepotential der Region gegolten hat.²⁸ Doch selbst diejenigen Autoren, die zu Recht auf die Widerständigkeit und den auch vor 2011 durchaus vorhandenen Protest »der Araber« gegen ihre Lebensbedingungen hingewiesen hatten,²⁹ dürften von der Wucht der Ereignisse überrascht worden sein. Und dies nicht allein deshalb, weil es im Wesen der Sache, von Rebellionen oder Revolutionen, ja von (politischen) Ereignissen über-

27 Gause 2011. Der Soziologie, meiner Disziplin, wurde dieser Vorwurf meines Wissens nicht gemacht. Das spricht indes nicht für ihre überlegenen prognostischen Fähigkeiten, sondern, wenigstens was die deutschsprachige Soziologie anbelangt, für ihr diesseits von allgemein weltgesellschaftlichen Überlegungen insgesamt nach wie vor geringes Interesse an außereuropäischen oder nicht-westlichen Gegenständen.

28 Vgl. bspw. Schlumberger 2007.

29 Wedeen 1999; Bayat 2010.

haupt, liegt, von ihnen überrascht zu werden. Politik und Geschichte sind zumindest in dem Sinne kontingent, dass sich, auch wenn man erwartet, dass die Dinge sich ändern, schlicht nicht vorhersehen lässt, wann was geschieht.³⁰ Überraschend, weil »unwissbar«, waren nicht bloß der Anlass und der Zeitpunkt der Arabellion, die Selbstverbrennung von Muhammad al-Bu‘azizi (Mohamed Bouazizi) am 17. Dezember 2010 in der tunesischen Provinzstadt Sidi Bu Sa‘id (Sidi Bouzid), sondern die politische Sprengkraft und Reichweite, welche die an al-Bu‘azisis Verzweiflungstat anschließenden Proteste innerhalb weniger Wochen und Monate entfalten würden. Nicht nur in Tunesien wurde das Bin‘Ali-Regime hinweggefegt, sondern der Funke sprang über auf eine Region, die sich von Rabat bis Amman und von Damaskus bis Sanaa jeweils über Tausende von Kilometern erstreckt. Allein dieser Befund spricht für eine gewisse Einheitlichkeit der MENA-Region, dafür, dass die arabische Welt bei allen Differenzen – zum Beispiel ist Katar eines der Länder mit dem höchsten, der Jemen hingegen eines derjenigen mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt – einen einheitlichen Resonanzraum bildet.

Tatsächlich sprechen die etwa 350 Mio. Einwohner der Region dieselbe Sprache und hängen weitgehend derselben Religion an. Die konfessionellen Gegensätze in der Hauptsache zwischen Sunniten und Schiiten sind für das Verständnis der aktuellen Rivalitäten und (Bürger-)Kriege zwar alles andere als unerheblich, spielten innerhalb der arabischen Welt bis zum Sturz Saddam Husseins durch die Amerikaner und dem darauf folgenden Zusammenbruchs des Irak allerdings nur eine untergeordnete Rolle.³¹ Historisch geeint, zusammengehalten und geprägt wurde der Raum durch die arabischen Kalifate und das Osmanische Reich. Unmittelbare Vorläufer der heutigen Staaten der Levante waren die Mandatsgebiete der europäischen Kolonialmächte.³² Nahezu alle Staaten der Region waren und sind, unabhängig davon, ob es sich um Monarchien oder Republiken handelt, Autokratien.

Was diese über den Kolonialismus und das Osmanische Reich hinweg noch mit den Kalifaten verbindet, ist das Prinzip patrimonialer Herrschaft.³³ Deren wesentliche Merkmale sind direkte Loyalitätsbeziehungen des (Erzwingungs-)Stabs beziehungsweise der (Herrschafts-)Eliten zur Person des Herrschers, die Nicht-Unterscheidung von privat(wirtschaftlich)en Interessen der Herrschaft und öffentlichen Belangen, der Tausch von materiellen und symbolischen Gütern gegen Gefolgschaft, die Informalität und die damit verknüpfte Willkür von Herrschaftsakt und schließlich Eliten- und allgemeiner segmentäre statt Schichten- oder Klas-

30 Die Erwartung, dass die Dinge sich ändern, ist freilich eine spezifisch neuzeitliche. Vgl. Koselleck 1979.

31 Siehe das Diskussionsforum zur Frage »How Useful has the Concept of Sectarianism been for Understanding the History, Society, and Politics of the Middle East?« von Peete et al. 2008.

32 Nicht unter Mandatsverwaltung standen Ägypten, Tunesien und die arabische Halbinsel. Gleichwohl waren auch diese Länder und Gebiete Teil des britischen beziehungsweise französischen Kolonialreichs.

33 Pawelka 2002.

senkonkurrenz. Neopatrimoniale Regime unterscheiden sich von traditionell patrimonialen Regimen durch einen noch einmal gesteigerten, aus den Fesseln der Tradition befreiten Personalismus, die Existenz und Instrumentalisierung formaler Organisationen für persönliche Herrschaftsinteressen, die Vergabe auch öffentlicher Güter zur Rekrutierung und Bindung von Unterstützern, eine bisweilen demokratische oder revolutionäre Fassade sowie und in unmittelbarer Verbindung damit generalisierte Wohlstandversprechen.³⁴

Ähnlich sind sich die Länder der MENA-Region, ihrem unterschiedlichen absoluten Wohlstandsniveau zum Trotz, weiterhin in ihrer ökonomischen Verfassung.³⁵ Es handelt sich im Wesentlichen um Rentenökonomien, um Staaten, die nicht oder nur zu äußerst geringen Teilen von der Besteuerung der Produktion und damit direkt oder indirekt der arbeitenden Bevölkerung, sondern von weitgehend »arbeitslos« zu beziehenden Renten, zum Beispiel den auf dem Weltmarkt aus dem Verkauf von Öl oder Ölförderrechten erzielten Erlösen leben.³⁶ Es sind vor allem die Golfstaaten, die von Ölrenten profitieren. Doch auch die ölarmen oder -ärmeren Länder finanzieren sich in einem erklecklichen Ausmaß durch Renten in Form von internationalen, auch und nicht zuletzt aus den reichen Ölstaaten stammenden Hilfszahlungen, sogenannten Remittances von Arbeitsmigranten, Einnahmen aus dem Tourismus oder Gebühren für die Nutzung ihres Territoriums durch Dritte, im Falle Ägyptens etwa für die Nutzung des Suez-Kanals. Dies macht die Regierungen auf der einen Seite zwar relativ unabhängig von der Produktivität der heimischen Wirtschaft, auf der anderen Seite aber besonders abhängig von Einkommenschwankungen, auf die sich durch nationale Maßnahmen kaum Einfluss nehmen lässt. Neopatrimonialregime, deren Stabilität von einer stetigen Alimentierung in erster Linie der Klientel des Herrschers, darüber hinaus aber auch der Untertanen überhaupt abhängt, prosperieren, solange die Renten fließen, sind aus genau demselben Grunde jedoch durch ökonomische Krisen besonders verletzbar.

Ein dramatischer Einschnitt für die Staatsfinanzen insbesondere der ölarmen, gleichwohl aber von Zuwendungen der ölreichen Staaten abhängigen Länder war der Ölpreisverfall der 1980er Jahre.³⁷ Die Möglichkeiten, die eigene Bevölkerung zu alimentieren oder wenigstens eine für alle ausreichende Grundversorgung sicherzustellen, wurden drastisch beschnitten. Verschärft wurde die Lage dadurch, dass Geldgeber wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank ihre nun dringend benötigten (Hilfs-)Kredite an die üblichen Auflagen nicht nur zur allgemeinen Deregulierung der Ökonomie, sondern auch und vor allem zur Einsparung von Staatsausgaben, zur Verschlinkung des Staatsapparats und zur Privatisierung von Staatsbesitz koppelten. Während von den Privatisierungen nicht anders als nach 1989 in Osteuropa im Wesentlichen nur die regimenahen Eliten pro-

34 Eisenstadt 1973; Bach/Gazibo 2012.

35 Richards/Waterbury 2013.

36 Beblawi 1990.

37 Zum Folgenden Cammet/Diwan 2013.

fitierten, verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation der Unter- und Mittelschichten. Die im Vergleich zu den mickerigen Quoten der OECD-Welt in absoluten Zahlen seit Beginn des Millenniums nicht einmal unansehnlichen Wachstumsraten der Volkswirtschaften der MENA-Region dürfen darum nicht darüber hinwegtäuschen, dass die soziale Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder zugenommen hat. Und nicht nur das. Das nach wie vor hohe Bevölkerungswachstum bedeutet, dass das absolute Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf gerechnet auf einen Rückgang des Einkommens hinausläuft. Die neopatrimonialen Regime der MENA-Region steckten mithin längst vor Ausbruch der Arabellion in einer ausgewachsenen Performanzkrise. Angesichts dieser seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten angespannten Lage, die für die rentenschwachen Länder freilich weit- aus kritischer ist als für die reichen Golfstaaten, erstaunt es weniger, dass es überhaupt zu sozioökonomischen »Brot«-Aufständen der Bevölkerung kommt, als dass diese erst 2011 eskalieren. Eben darin besteht die oder vielmehr eine der Überraschungen, die es zu erklären gilt. Anders gefragt: Gibt es besondere Umstände, die verständlich machen, warum sich das Versagen der Regime in der performativen Dimension, obwohl seit langem gespürt und von vielen erlitten, 2011 zu einer transnationalen politischen Krise zuspitzt?

Es hieße indes, die Möglichkeiten der Sozialwissenschaften überzustrapazieren, wollte man begründen, warum die Arabellion gerade im Dezember 2010 in Tunesien beginnt. Offenbar hat die Arabellion im Dezember 2010 von Tunesien ausgehen können, aber sie musste es nicht; angesichts vergleichbarer Umstände hätte sie auch schon früher oder erst später und wohl auch andernorts, zum Beispiel 2008 im Gefolge der Textilarbeiterstreiks in Ägypten, ausbrechen können.³⁸ Dass gerade die Selbstverbrennung Bu'azizis zum Fanal der Arabellion wurde, war kontingent. Erklärungsbedürftig, aber auch erklärbar erscheint mir hingegen die Frage, warum oder vielmehr wie Bu'azizis Verzweiflungstat zum Fanal hat werden können. Auf diese Frage jedoch gibt die allgemeine politisch-ökonomische Situation keine Antwort. Sie ist »nur« der Hintergrund, den die Selbstverbrennung Bu'azizis schlagartig beleuchtet und ins allgemeine Bewusstsein hebt.

Tatsächlich ist es nicht Bu'azizis Aktion als solche, sondern ihre mediale Verbreitung, aus welcher die Arabellion erwächst. Auch wenn es, wie Carola Richter in ihrem Beitrag argumentiert, verkürzt wäre, die Arabellion als Medienrevolution zu bezeichnen, hätten sich die Unruhen ohne Smartphones und panarabisches Fernsehen kaum so schnell und weit verbreitet, wie tatsächlich geschehen.³⁹ Was nämlich, einerseits, über das bisher Gesagte hinaus die Kohärenz der heutigen arabischen Welt wesentlich mitbestimmt, sind die Existenz und Rezeption gesamtarabischer Medien und das heißt vor allem des katarischen TV-Kanals al-Jazira.⁴⁰ Al-Jazira ist seit 1996 auf Sendung, kann in der gesamten MENA-Region (und darüber hinaus) per Satellit empfangen werden und bietet ebenso Unterhal-

38 Bein 2009.

39 Noueihed/Warren 2012, S. 44-59.

40 Lynch 2005.

tungs- wie Nachrichtenformate. Auch wenn der Sender nicht vor politischer Instrumentalisierung durch seine herrschaftlich-katarischen Geldgeber gefeit ist, zeichnet er sich über ein vordem ungekanntes Maß an breiter, freier, kritischer und kontroverser Berichterstattung aus.⁴¹ Dies steht in deutlichem Kontrast zum älteren einerseits staatlich kontrollierten und andererseits national bornierten TV-Verlautbarungs-»Journalismus« der jeweiligen autokratischen Regime. Dass es überhaupt abweichende Meinungen gibt, dass offener Widerspruch möglich ist, dass sich dieselben »Sach«-Verhalte aus anderer Perspektive anders darstellen und dass umgekehrt die eigenen, nationalen Probleme dieselben oder ähnliche sind wie die benachbarter Staaten, war zwar auch für die national zersprengten, zensierten Öffentlichkeiten der arabischen Welt immer schon denkbar, vor al-Jazira aber kaum praktisch erfahrbar.

Wie Kai Hafez am Beispiel Ägyptens in seinem Beitrag für diesen Band zeigt, führte dies allein, selbst im Verbund mit einer nachholenden Liberalisierung der national(staatlich)en Medienlandschaft, noch nicht zur Herausbildung einer kritischen, grundlegende politische Fragen deliberierenden Öffentlichkeit. Wohl aber wurde al-Jazira über das zu Beginn des Jahrtausends zwar auch über der arabischen Welt aufgespannte, aber längst nicht von allen Bevölkerungsgruppen genutzte Internet hinaus schon im tunesischen Fall, dann aber auch für Ägypten, den Jemen und die anderen Staaten der Region zur Plattform und zum Multiplikator von mit Smartphones aufgenommenen Videos vereinzelter Proteste und ihrer Repression durch staatliche Sicherheitskräfte. Auf diese Weise verbreitete sich die Nachricht von Bu‘azisis Selbstverbrennung, ihren Hintergründen – weil der Gemüsehändler keine Lizenz vorweisen konnte, hatte die Polizei seine Waren konfisziert – und den sich an seinen Tod anschließenden Demonstrationen in kürzester Zeit in ganz Tunesien und auch im arabischen Ausland. Bu‘azisis Schicksal rief bei vielen Menschen des Landes und der Region Empörung gegen die schlechte und sich seit Jahren stetig verschlechternde wirtschaftliche Lage, gegen die wachsende soziale Ungleichheit und die polizeiliche Willkür wach. Sein Fall warf ein Schlaglicht auf die eigene Situation. Der mangels freier Berichterstattung, aber auch mangels Korrespondenten von den Betroffenen selbst »gemachte«, filmische und von al-Jazira in die gesamte MENA-Region ausgestrahlte »Bürgerjournalismus« veröffentlichte oder besser kollektivierte eine typische, bislang jedoch immer nur vereinzelt, der Wahrnehmung durch gleichermaßen betroffene Dritte entzogene Erfahrung. Man sah, man war nicht allein – weder als Opfer staatlicher Willkür, noch in seinem Zorn auf die herrschende, materiell wie lebensweltlich abgehobene Klasse und ihre Schergen. Es war, als hätte es einer einzelnen Stimme bedurft, die ausspricht, was »allen« seit langem klar war, sich bislang aber niemand auszusprechen gewagt hatte: »Die Verhältnisse, denen wir ausgesetzt sind, sind demütigend, ungerecht und repressiv.« Die mediale Verbreitung des zwar au-

41 Selbst die an sich apolitischen Unterhaltungsprogramme hatten emanzipatorische Effekte, weil in Soap Operas und Talk Shows traditionelle, patriarchale Rollenklischees aufgesprengt und kulturell marginale Lebensentwürfe einem breiten Publikum vorgestellt wurden.

ßerordentlich tragischen, aber auch typischen Schicksals Bu‘azisis war der symbolische Funke, welcher die performative, »bloß ökonomische« Krise in offenen, politischen Protest umschlagen ließ.

Natürlich war es nicht die Nachricht als solche, auf die hin die Menschen, die sich in ihr wiederkannten, auf die Straßen geströmt wären, um ihre autokratischen Herrscher zu stürzen. Vielmehr brauchte es – und gab es in Tunesien und Ägypten – eine *vergleichsweise* lebhaftere Zivilgesellschaft, von staatlicher Bevormundung freie, beispielsweise gegen die allgegenwärtige Korruption oder für die Einhaltung von Menschenrechten kämpfende Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Oppositionsparteien, welche Protestkundgebungen ansetzten und ihre Mitglieder mobilisierten, weitere Menschen auf die Straße zu bringen.⁴² Tatsächlich gab es Blogger und Netzaktivisten, welche die technischen Möglichkeiten, die Reichweite und auch die Anonymität des Internets bereits vor den Aufständen nutzten, um Ungerechtigkeiten anzuprangern und Demonstrationen zu organisieren.⁴³ Gleichwohl bedurfte es eines Mechanismus, welcher die zuvor latente Ablehnung der Verhältnisse qua Exposition eines Skandals in offenen Widerstand umschlagen ließ. Eben darin liegt die Bedeutung »der« Medien für die Arabellion.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext – und hierin liegt ein zweites Überraschungsmoment des Aufstands –, dass die Aufstände nicht von »den Islamisten« ausgingen, obwohl sie es waren, die in den Jahren und Jahrzehnten zuvor einerseits in offener Opposition zu den autokratischen Regimen gestanden und andererseits ein Geflecht von wohlfahrts-»staatlichen« Einrichtungen aufgebaut hatten.⁴⁴ »Der Islam« erschien und erscheint vielen, wenn nicht als »Lösung«, so doch als unkorrupte Alternative zu den verbrauchten und diskreditierten republikanischen Ideologien der nationalen Selbstbestimmung und des arabischen Sozialismus, in den Monarchien mindestens als Komplement dynastischer Herrschaft und grundsätzlich als Gegenmodell zur westlichen Konsumkultur. Praktisch sprangen islamistische Organisationen vor allem in den ärmeren Ländern der Region überall dort ein, wo der Staat sich im Zuge unausweichlicher oder erzwungener Einsparungen aus dem Bildungs-, dem Gesundheitsbereich oder der Nahrungsmittelhilfe zurückgezogen hatte. Doch erst nachdem die Aufstände die Region zum Beben gebracht hatten, rückten islamistische Gruppierungen in den Vordergrund, übernahmen sie in Ägypten und Tunesien zeitweise die Führung.⁴⁵ Auch wenn sie, anders als die Massen auf den Straßen und Plätzen, häufig gut or-

42 Anderson 2011.

43 Bennett/Seegerberg 2012.

44 Richards/Waterbury 2013, S. 362-384.

45 Als Gründe für die anfängliche Zurückhaltung der Islamisten lassen sich zum einen die massive frühere Repression durch die jeweiligen Machthaber, zum anderen aber auch die Erfolglosigkeit früherer, bewaffneter, auf terroristische Initialzündungen setzende Aufstandsversuche anführen. Die Gemeinschaft der Gläubigen ließ sich durch spektakuläre Angriffe auf Repräsentanten der repressiven staatlichen Ordnung offenbar nicht mobilisieren. Und schließlich dürften die Islamisten wie im Grunde alle Beteiligten, die

ganisiert waren, brauchten sie offenbar Zeit, um ihre Aktivitäten von Sozialarbeit, religiöser Unterweisung und klandestinem gewaltsamen Widerstand auf den politischen Machtkampf umzuorientieren.

Auf den Straßen und Plätzen der Arabellion, am eindrucklichsten versinnbildlicht durch die Massen auf dem Tahrir-Platz in Kairo, versammelten sich und protestierten demgegenüber zunächst Gruppen, von denen man es vordergründig nicht erwartet hätte: in der Vergangenheit alles in allem eher regimenahe als systemoppositionelle Mittelschichten, gut gebildete, aufstiegsorientierte Jugendliche, im einen wie im anderen Falle nicht wenige Frauen. Tatsächlich sind die Mittelschichten, sieht man von den eigentlichen Machthabern und ihrem Anhang ab, bei allen im Ländervergleich notwendigen Differenzierungen – die, wie Rachid Ouaisa und Katrin Sold in ihrem Beitrag zeigen, durchaus unterschiedliche Verlaufspfade der Arabellion zu erklären vermögen – in den Ländern der MENA-Region die Hauptprofiteure der sozioökonomischen Entwicklung der vergangenen 50 Jahre gewesen. Der sogenannte autoritäre Gesellschaftsvertrag beruhte darauf, dass die Machthaber sozialstaatliche, aus Renten finanzierte Leistungen gegen Loyalität respektive den Verzicht auf politische Partizipationsrechte tauschten.⁴⁶ Und auch wenn es den Staaten der Region alles in allem nicht gelang, sich selbst tragende oder gar global konkurrenzfähige nationale Industrien aufzubauen, verschwanden die Renten doch nicht nur in den Taschen der Machthaber. Es entstand ein Bildungssystem, das es vielen aus traditionellen, von Landwirtschaft und ungelernter Arbeit geprägten Verhältnissen stammenden Menschen erlaubte, einen Schul- oder sogar Hochschulabschluss zu erwerben, der wiederum die Voraussetzung, praktisch zumeist aber auch die Eintrittskarte für eine Beschäftigung in einem stetig wachsenden staatlich-bürokratischen Sektor darstellte. Daneben, wenn auch in weit geringerem Maße, nahm die Anzahl der freien Berufe zu. Immer mehr Menschen zogen in die Städte und kamen in den Genuss einer wie auch immer basalen öffentlichen Daseinsvorsorge. Auf diese urbane Klientel konnten gerade republikanische Machthaber sich stützen.⁴⁷ Hinzu kommt, dass erhebliche Teile der staatlich alimentierten oder wenigstens geförderten, tendenziell säkularen Mittelschichten das politisch strenge Regiment »ihrer« Präsidenten als Garant gegen eine Machübernahme der Islamisten begriffen. Und wie Ivesa Lübben und Hannah Pfeifer in ihren Beiträgen zeigen, verstanden die Regime es die längste Zeit vortrefflich, Ängste vor dem Islamismus zu schüren und sich selbst als auch religionspolitisch unersetzlich zu inszenieren. Wie also ist erklärlich, dass diese Mittelschichten gegen ihre Mentoren, wenn nicht Schöpfer auf die Straße gingen?

Gründe dafür habe ich oben bereits genannt: Angesichts einbrechender Renten und im Zuge der erwähnten Strukturanpassungsprogramme entfremden die Re-

Machthaber, die ausländischen Beobachter, aber auch die Aufständischen selbst, von der Wucht der Ereignisse überrascht worden sein.

46 Desai et al. 2009.

47 In den Monarchien gab und gibt es demgegenüber nach wie vor tribale und familiale Konsultativstrukturen, welchen die Monarchen faktisch in ihrer Selbstherrlichkeit einschränken und dadurch legitimieren. Vgl. Derichs/Demmelhuber 2014.

gime sich ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Basis. Genauer gesagt, ist es seit Beginn des Jahrtausends zu einer objektiven wie subjektiven Prekarisierung der Mittelschichten gekommen.⁴⁸ Objektiv haben das Einkommen und die soziale Sicherheit abgenommen. Nicht die Mittelschichten haben von der Liberalisierung der Wirtschaft und insbesondere der Privatisierung von Staatseigentum profitiert, sondern die Angehörigen der Machteliten selbst. Diese wurden noch reicher, als sie es ohnehin schon waren, die Mittel- und erst recht die Unterschichten gingen demgegenüber leer aus. Doch selbst wo der gesunkene Lebensstandard der Mittelschichten diese noch nicht in ihrer Existenz bedroht hatte, ist diesen subjektiv die Aufstiegsorientierung abhanden gekommen. Diese Prozesse sind zwar nicht neu, sondern seit gut 20 Jahren zu begutachten, doch bekanntlich müssen Enttäuschungen sich wiederholen und zu einer kollektiven Erfahrung verdichten, bevor sie politisch wirksam oder gar geschichtsmächtig werden. Was die Mittelschichten 2011 aufkündigen, ist der autoritäre Sozialvertrag, der eben nicht nur für die Machthaber, sondern auch für sie ein Arrangement von wechselseitigem Nutzen war.⁴⁹ Das heißt, sie kündigen einen Vertrag, sie entziehen ihm ihre Zustimmung, lange nachdem die Machthaber aufgehört hatten, ihren »Verpflichtungen« nachzukommen. Die Arabellion vollzieht gewissermaßen formell nach, was faktisch längst geschehen war. Nur ist dies nicht gleichbedeutend mit einem demokratischen Aufbruch. Die Kritik der Verhältnisse ist nicht immer schon das Verlangen nach einer Neubegründung der politischen Ordnung. Ja, die Demonstranten wollen Brot, Würde, Gerechtigkeit und Freiheit, gleichwohl kulminieren die Anliegen in der an die Machthaber gerichteten Parole »*Irhal!*«, »Hau ab!«, und nicht in der Forderung »Demokratie jetzt!«.⁵⁰

Ähnliches gilt für die Jugend. Diese hat ihre Zukunft per definitionem erst noch vor sich. Die Mittelschichtsjugend, die eigentliche Avantgarde der Proteste,⁵¹ verfügt darüber hinaus über höhere Bildungsabschlüsse als ihre Elterngeneration, andererseits jedoch fehlen nicht nur die Jobs in der Verwaltung und einer alles andere als freien Wirtschaft, sondern häufig auch die tatsächlich nachgefragten Qualifikationen. Das staatliche Bildungssystem produziert nicht nur mehr Jobanwärter als Staat und Markt absorbieren können, sondern versagt zudem in der praktischen Qualifikation seiner Schüler und Studenten. Fehlt jedoch der Job, fehlt das Geld, ein halbwegs autonomes Leben zu bestreiten. Weder gelingt die Abnabelung vom Elternhaus, noch ist es möglich, zu heiraten und eine eigene Familie zu gründen. Da sexuelle Kontakte sich nach wie vor stark auf das Eheleben konzentrieren, sind schlechte oder fehlende wirtschaftliche Aussichten darüber hinaus gleichbedeutend mit sexueller Frustration.⁵² Buchstäblich potenziert werden diese Probleme durch die demographische Struktur. In der MENA-Region sind zwei

48 Cammett/Diwan 2003; Abulof 2015.

49 Zorob 2013.

50 Schulze 2013.

51 Murphy 2012.

52 El Feki 2013, S. 55-130; Daoud 2016.

Drittel der Bevölkerung unter 30 Jahre alt. Selbst in den reichen Ölstaaten liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei bis zu 25 Prozent; in den ärmsten Ländern der Region betrifft sie gar annähernd die Hälfte aller Jugendlichen. Selbst wenn die Geburtenraten in den letzten Jahren rückläufig sind, werden mittelfristig Millionen von nur zum Teil hinreichend ausgebildeten oder auch gar nicht beschulten zusätzlichen Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt drängen. Wirtschaftliche Wachstumsraten, welche diesen demographischen Überhang auffangen könnten, sind nicht nur nicht in Sicht, sondern kaum vorstellbar. Die Jugend, die in der Arabellion auf die Straße zog, war nur erst die Speerspitze einer jetzt schon um ihre Zukunft betroffenen Generation. Was diese Generation für sich verlangt, was diese Jugend wie alle Jugend will, sind Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung. Nur geht es hierbei für die allermeisten noch vor dem Ausleben von gewählten Identitäten um das bloße Nachrücken an die Stelle der Alten und vor der Verwirklichung von politischer Freiheit um die Wahrnehmung eines Minimums an lebensweltlicher Autonomie.⁵³ Doch weil die Erwartungen für sehr viele enttäuscht werden, werden sehr viele sich – mehr noch als jetzt schon – auf den Weg in andere Länder innerhalb und außerhalb der Region machen, in denen sie ein besseres Leben erwarten – oder auch mit der Waffe in der Hand zu Hause für ein besseres Leben kämpfen. Weder für die arabische Welt noch für Europa sind das beruhigende Aussichten. Wie Bilgin Ayata und Maurus Reinkowski in ihren Beiträgen zeigen, zerbricht damit zwar nicht notgedrungen die politische Ordnung des Mittleren Ostens, sehr wohl aber das bisherige Verhältnis von Orient und Okzident.

Gleichwohl sollte man die »youth bulge« nicht mechanisch zum Urquell der Arabellion und der gesamten weiteren Entwicklung erklären.⁵⁴ Immerhin war die Arabellion in ihrer Anfangsphase ein friedlicher Aufstand, und es waren nicht die Aufständischen selbst, die als erste zur Gewalt griffen. Auch dies ist, wenn kein drittes Überraschungsmoment, so doch ein besonderer Aspekt des Geschehens, der gemessen daran, dass Rebellionen und Revolutionen im historischen Normalfall gewaltsam verlaufen, ebenso nach Erklärung verlangt wie andererseits das Abgleiten der libyschen, syrischen und jemenitischen Aufstände in Bürgerkriege.

Sicher nicht der einzige, wohl aber ein wesentlicher Grund für die unterschiedlich gewaltsamen Verlaufspfade der Aufstände dürfte in der jeweiligen nationalstaatlichen Verfassung der einzelnen Länder zu finden zu sein. Als Nationen sind Tunesien und Ägypten vergleichsweise homogene Gemeinwesen. Ethnische und religiöse beziehungsweise konfessionelle Gegensätze spielen und spielten in der jüngeren Vergangenheit keine wesentliche Rolle. Weder die staatliche Eigenständigkeit noch das hohe Alter der Nationen standen oder stehen in Frage. Hinzu kommt, dass es in beiden Ländern eine relativ lebhaftes Zivilgesellschaft mit zu-

53 »I tend to think that the desire for democracy is composed of three parts. A desire for a stable and ordered political system; a desire for personal autonomy – meaning to live a life unencumbered by too much control from the state or society; and a desire for economic prosperity.« Faisal Al Yafai, zitiert in ASDA'A Burson-Marsteller 2016, S. 27.

54 Heinsohn 2011.